

Amtliche Mitteilungen

Datum 12. Dezember 2024

Nr. 86/2024

Inhalt:

Promotionsordnung
der Fakultät IV –
Naturwissenschaftlich-Technische Fakultät
der
Universität Siegen

Vom 12. Dezember 2024

Promotionsordnung
der Fakultät IV –
Naturwissenschaftlich-Technische Fakultät
der
Universität Siegen

Vom 12. Dezember 2024

Aufgrund des § 2 Absatz 4 und des § 67 Absatz 3 des Gesetzes über die Hochschulen des Landes Nordrhein-Westfalen (Hochschulgesetz – HG) vom 16. September 2014 (GV. NRW. S. 547), zuletzt geändert durch Artikel 1 des Gesetzes vom 29. Oktober 2024 (GV. NRW. S. 704), hat die Universität Siegen die folgende Promotionsordnung erlassen:

Inhaltsverzeichnis

- § 1 Promotionsrecht
- § 2 Promotionsvoraussetzungen
- § 3 Berechtigung zur Promotion
- § 4 Antrag auf Zulassung
- § 5 Promotionsleistungen
- § 6 Promotionsausschuss
- § 7 Antrag auf Verfahrenseröffnung
- § 8 Eröffnung des Promotionsverfahrens, Promotionskommission, Gutachterinnen und Gutachter
- § 9 Aufgaben der Promotionskommission
- § 10 Beurteilung der Dissertation
- § 11 Mündliche Prüfung
- § 12 Gesamtnote der Promotion
- § 13 Pflichtexemplare und Druck der Dissertation
- § 14 Abschluss des Promotionsverfahrens
- § 15 Einstellung des Verfahrens
- § 16 Gemeinsame Promotion mit einer ausländischen Hochschule
- § 17 Ehrenpromotion
- § 18 Aberkennung oder Entziehung des Doktorgrades
- § 19 Übergangsregelungen
- § 20 Inkrafttreten, Außerkrafttreten

§ 1

Promotionsrecht

- (1) Die Fakultät IV – Naturwissenschaftlich-Technische Fakultät verleiht den Grad eines Doktors der Naturwissenschaften (Dr. rer. nat.), eines Doktors der Ingenieurwissenschaften (Dr.-Ing.), eines Doktors der Pädagogik (Dr. paed.) und eines Doktors der Philosophie (Dr. phil.) aufgrund einer von der Bewerberin oder dem Bewerber verfassten wissenschaftlichen Abhandlung (Dissertation) und einer mündlichen Prüfung.
- (2) Die Fakultät kann den Grad eines Doktors der Naturwissenschaften ehrenhalber (Dr. rer. nat. h. c.), eines Doktors der Ingenieurwissenschaften ehrenhalber (Dr.-Ing. E. h.), eines Doktors der Pädagogik ehrenhalber (Dr. paed. h. c.) und eines Doktors der Philosophie ehrenhalber (Dr. phil. h. c.) verleihen (§ 17).

§ 2

Promotionsvoraussetzungen

- (1) Voraussetzung für die Promotion ist ein Abschluss in einem ingenieurwissenschaftlichen, naturwissenschaftlichen oder mathematischen Studiengang
 - a) nach einem einschlägigen Universitätsstudium mit einer Regelstudienzeit von wenigstens acht Semestern, für das ein anderer Grad als „Bachelor“ verliehen wird, oder
 - b) nach einem einschlägigen Hochschulstudium mit einer Regelstudienzeit von wenigstens sechs Semestern und daran anschließende angemessene, auf die Promotion vorbereitende Studien in den Promotionsfächern oder
 - c) eines Masterstudiengangs im Sinne des § 61 Absatz 2 Satz 2 des Hochschulgesetzes (HG).

Der Abschluss muss mit der Note „gut“ oder besser bewertet worden sein. Voraussetzung für die Promotion ist ebenfalls eine vertiefte Kenntnis der Inhalte des Fachs, in dem die Promotion durchgeführt werden soll. Diese Kenntnis wird durch die während des Studiums erfolgreich abgeschlossenen Module oder Kurse nachgewiesen. Sollten die vertieften Kenntnisse nicht erworben worden sein, so kann die Zulassung mit Auflagen über die Erbringung zusätzlicher Leistungen versehen werden. Näheres regelt Absatz 3.

- (2) Ausländische Examina werden anerkannt, sofern sie einem deutschen Abschlussexamen gemäß Absatz 1 entsprechen. Die Gleichwertigkeit ausländischer Examina wird aufgrund der KMK- und HRK-gebilligten Äquivalenzvereinbarungen vom International Office festgestellt. Bei Zweifeln an der Gleichwertigkeit ist die Zentralstelle für ausländisches Bildungswesen zu hören. Die endgültige Entscheidung trifft der Promotionsausschuss der Fakultät IV – Naturwissenschaftlich-Technische Fakultät. Die Zulassung kann mit Auflagen über die Erbringung zusätzlicher Leistungen versehen werden. Näheres regelt Absatz 3.
- (3) Die Erbringung zusätzlicher Leistungen dient dem Nachweis der Eignung für das Promotionsverfahren. Diese werden im Vorverfahren gemäß § 4 vom Promotionsausschuss nach § 6 Absatz 4 Buchstabe c auf der Grundlage der Kenntnisse der Kandidatin oder des Kandidaten festgelegt und der Kandidatin oder dem Kandidaten schriftlich mitgeteilt. Die Leistungen sollen einen Umfang von 30 Kreditpunkten, im Falle von Bewerberinnen und Bewerbern nach § 2 Absatz 1 Buchstabe b 60 Kreditpunkten, nicht überschreiten. Näheres kann durch Kooperationsvereinbarungen zwischen der Universität Siegen und einer anderen Hochschule geregelt werden, wenn der Promotionsausschuss dieser Vereinbarung zugestimmt hat.
- (4) Stimmt das Studienfach des Abschlusses nach Absatz 1 oder 2 nicht mit dem angestrebten Doktorgrad überein, ist die Promotion nur möglich, wenn es sich bei dem Studienfach um dem Promotionsfach verwandte Fächer handelt. Ist dies der Fall, so hat der Promotionsausschuss das

Recht, den angestrebten Doktorgrad zu korrigieren oder die Zulassung mit Auflagen über die Erbringung zusätzlicher Leistungen zu versehen. Näheres regelt Absatz 3.

- (5) In begründeten Ausnahmefällen kann auch ein mit „befriedigend“ bewerteter Abschluss nach Absatz 1 als Promotionsvoraussetzung anerkannt werden. Über einen entsprechenden Antrag entscheidet der Promotionsausschuss im Vorverfahren gemäß § 4. Die Zulassung kann mit Auflagen über die Erbringung zusätzlicher Leistungen versehen werden. Näheres regelt Absatz 3.
- (6) Über die Zulassung von bereits promovierten Bewerberinnen und Bewerbern entscheidet der Promotionsausschuss der Fakultät im Einzelfall. Mehrfachpromotionen mit demselben Doktorgrad sind nicht zulässig.

§ 3

Berechtigung zur Promotion

Promotionsberechtigte sind Professorinnen und Professoren mit der Qualifikation gemäß § 36 Absatz 1 Nummer 4 HG, Hochschuldozentinnen und Hochschuldozenten mit der Qualifikation gemäß § 36 Absatz 1 Nummer 4 HG, Habilitierte, sowie Juniorprofessorinnen und Juniorprofessoren nach positiver Evaluierung. Auf Antrag kann einer Juniorprofessorin oder einem Juniorprofessor in begründeten Ausnahmefällen vor der positiven Evaluierung die Promotionsbefugnis erteilt werden. Die Entscheidung trifft der Fakultätsrat. Des Weiteren sind Professorinnen und Professoren mit der Qualifikation nach § 36 Absatz 1 Nummer 5 HG mit zusätzlich anerkannten Forschungsleistungen nach dem Beschluss des Gründungssenats vom 8. Februar 1982 promotionsberechtigt. Darüber hinaus sind im Rahmen einer Kooperation mit einer Fachhochschule auch dort tätige Hochschullehrerinnen und Hochschullehrer promotionsberechtigt, sofern sie ihre wissenschaftliche Leistung nachgewiesen haben und durch den Fakultätsrat bestätigt wurden. Honorarprofessorinnen und Honorarprofessoren kann die Promotionsberechtigung erteilt werden; über den Antrag entscheidet der Fakultätsrat.

§ 4

Antrag auf Zulassung

- (1) Vor Eröffnung des Promotionsverfahrens ist von der zukünftigen Doktorandin oder dem zukünftigen Doktoranden ein Antrag auf Zulassung als Doktorandin oder Doktorand an die Vorsitzende oder den Vorsitzenden des Promotionsausschusses zu richten. Im Antrag sind das Promotionsfach, der vorläufige Titel der Dissertation, der angestrebte Doktorgrad und die Betreuerin oder der Betreuer zu nennen. Die Betreuerin oder der Betreuer erstellt gegebenenfalls eine Vorschlagsliste von Lehrveranstaltungen für die zusätzlich zu erbringenden Leistungen in dem in § 2 Absatz 3 festgelegten Umfang. Eine Betreuungsvereinbarung zwischen Betreuerin oder Betreuer und Promovierenden ist grundsätzlich abzuschließen und dem Antrag beizufügen.

Dem Antrag sind außerdem beizufügen:

- a) Der Nachweis über einen Abschluss nach § 2 Absätze 1 bis 2,
 - b) eine Kurzbeschreibung der zu bearbeitenden Thematik,
 - c) ein tabellarischer Lebenslauf,
 - d) eine Einverständniserklärung der Betreuerin oder des Betreuers,
 - e) eine Einschätzung der Betreuerin oder des Betreuers, ob der vorliegende Studienabschluss für das Promotionsfach eine ausreichende Qualität und Breite aufweist
 - f) und ein vollständig ausgefüllter Erhebungsbogen für Promotionsprüfungskandidatinnen und Promotionsprüfungskandidaten.
- (2) Betreuerinnen und Betreuer müssen nach § 3 promotionsberechtigt sein und das Promotionsfach oder Teile davon vertreten. Die Dissertation wird von einer oder einem, maximal zwei

Betreuerinnen und Betreuern, betreut. Mindestens eine beziehungsweise einer davon muss Mitglied der Universität Siegen sein. Pensionierte Professorinnen und Professoren der Universität Siegen können bis fünf Jahre nach Eintritt in den Ruhestand weiterhin Promotionen betreuen. Nach Ablauf der fünf Jahre können pensionierte Professorinnen und Professoren auf Antrag ebenfalls als Betreuerinnen beziehungsweise Betreuer zugelassen werden. In diesem Fall soll eine zweite Betreuerin oder ein zweiter Betreuer, die oder der Mitglied der Universität Siegen und nicht pensioniert ist, benannt werden. Über den Antrag entscheidet der Promotionsausschuss.

- (3) Die Zulassung ist zunächst auf sechs Jahre ab dem Datum der Zulassung befristet. Promovierende können binnen einer sechs Monate vor Ablauf dieses Zeitraums beginnenden Frist schriftlich und verbunden mit einer schriftlichen Zustimmung der Betreuerin oder des Betreuers sowie einem von dieser Person gebilligten Arbeitsplan samt Zeitplan beim Promotionsausschuss die Verlängerung der Zulassung um weitere zwei Jahre beantragen. Eine erneute Verlängerung ist im Rahmen eines entsprechenden Verfahrens jeweils für zwei weitere Jahre möglich.
- (4) Der Promotionsausschuss entscheidet über die Annahme oder Ablehnung des Antrages mit einfacher Mehrheit. Bei Stimmengleichheit gilt der Antrag als abgelehnt. In unklaren Fällen erfolgt eine Beratung mit der Betreuerin oder dem Betreuer. Die Entscheidung wird der Antragstellerin oder dem Antragsteller unverzüglich schriftlich mitgeteilt. Im Falle der Ablehnung ist der Grund dafür anzugeben. Gegebenenfalls ist über zusätzliche Leistungen gemäß § 2 Absatz 3 zu befinden. Die Annahme kann nur abgelehnt werden, wenn die Voraussetzungen nach § 2 nicht erfüllt werden, wenn sich die Dissertation fachlich der Fakultät nicht zuordnen lässt (§ 1 Absatz 1) oder wenn sich keine Betreuerin oder kein Betreuer für die Promotion findet.

§ 5

Promotionsleistungen

- (1) Durch die Promotion sollen besondere wissenschaftliche Kenntnisse und Fähigkeiten sowie die Befähigung zu selbständiger wissenschaftlicher Arbeit nachgewiesen werden. Die Promotionsleistungen bestehen aus einer Dissertation und einer mündlichen Prüfung.
- (2) Die Dissertation muss einen selbständigen, weiterführenden, fachwissenschaftlichen oder fachdidaktischen Forschungsbeitrag darstellen und die Fähigkeit der Bewerberin oder des Bewerbers erkennen lassen, ein wissenschaftliches Problem sachgemäß zu bearbeiten und das Ergebnis angemessen darzustellen. Die Dissertation soll in deutscher oder englischer Sprache verfasst sein.
- (3) Für die Dissertation können auch Bestandteile einer Gruppenarbeit verwendet werden. In diesem Falle muss die Dissertation der Doktorandin oder des Doktoranden ihren beziehungsweise seinen Anteil an der Gruppenarbeit klar erkennen lassen und den in Absatz 2 genannten Kriterien genügen.
- (4) Mindestens drei bereits veröffentlichte oder angenommene Publikationen mit wesentlichen Beiträgen der Doktorandin oder des Doktoranden, die in der Regel durch die Erstautorenschaft belegt sind, können als kumulative Dissertation eingereicht werden. Die einzelnen Beiträge müssen in einem inneren Zusammenhang stehen und durch eine übergeordnete Fragestellung verbunden sein. Die Publikationen müssen in international anerkannten Zeitschriften oder international anerkannten Konferenzen veröffentlicht oder zur Veröffentlichung angenommen worden sein und in der Regel nicht älter als fünf Jahre sein; zudem müssen die Publikationen zuvor ein Peer-Review-Verfahren durchlaufen haben. Bei mehreren Autorinnen und Autoren ist der Anteil der Doktorandin oder des Doktoranden klar zu dokumentieren, um die Fähigkeit zum selbständigen wissenschaftlichen Arbeiten bewertbar zu machen. Der kumulativen Dissertation ist eine Einleitung voranzustellen, die sich auf die Gesamtheit der Artikel bezieht und die übergreifende Fragestellung der Promotionsarbeit erläutert. Darüber hinaus ist in einer umfassenden Dokumentation darzulegen, welcher Beitrag zur Beantwortung dieser Fragestellung durch die Doktorandinnen und Doktoranden im Einzelnen und in ihrer Gesamtheit geleistet wurde. Für die durchgeführten

Untersuchungen sind gegebenenfalls weitere, nicht publizierte Beschreibungen der Methoden und Verfahren beizufügen.

- (5) Eine vorherige Veröffentlichung von Inhalten der Arbeit steht der Annahme als Dissertation nicht entgegen.
- (6) Die mündliche Prüfung besteht aus einem hochschulöffentlichen Vortrag der Doktorandin oder des Doktoranden über Inhalt und Ergebnisse der Dissertation. Anschließend findet eine Disputation statt. Näheres regelt § 11. Die Disputation findet als Prüfungsgespräch unter Berücksichtigung des Forschungsstands im entsprechenden Fach statt.

§ 6

Promotionsausschuss

- (1) Der Fakultätsrat wählt die Mitglieder eines für die Durchführung der Promotionsverfahren zuständigen Ausschusses (Promotionsausschuss) und die Fachausschüsse sowie für jedes Mitglied des Ausschusses und der Fachausschüsse eine Stellvertreterin oder einen Stellvertreter.
- (2) Dem Promotionsausschuss gehören die oder der Vorsitzende und zwei Stellvertreterinnen und Stellvertreter, die Professorinnen und Professoren sein müssen, zwei weitere Professorinnen und Professoren, eine wissenschaftliche Mitarbeiterin oder ein wissenschaftlicher Mitarbeiter und eine graduierte Studierende oder ein graduerter Studierender an. Insgesamt muss im Promotionsausschuss ein Übergewicht von promotionsberechtigten Professorinnen und Professoren nach § 3 Satz 1 sichergestellt sein.

Die oder der Vorsitzende und die beiden Stellvertreterinnen und Stellvertreter werden vom Fakultätsrat gewählt. Jeder der drei Bereiche, Doktor der Ingenieurwissenschaften, Doktor der Naturwissenschaften und der gemeinsame Bereich Doktor der Pädagogik sowie Doktor der Philosophie muss durch die Person der oder des Vorsitzenden oder einer Stellvertreterin oder eines Stellvertreters vertreten sein.

Die Hochschullehrerinnen und Hochschullehrer und die wissenschaftlichen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter werden für die Dauer von zwei Jahren gewählt, die Studierenden für ein Jahr. Wiederwahl ist zulässig. Eine gleichmäßige Vertretung aller Fächer im Promotionsausschuss soll bei den Wahlen berücksichtigt werden.

Der Promotionsausschuss ist beschlussfähig, wenn die oder der Vorsitzende oder einer ihrer beziehungsweise seiner Stellvertreterinnen und Stellvertreter und mindestens drei weitere Mitglieder anwesend sind.

- (3) Dem Promotionsausschuss stehen drei Fachausschüsse zur Seite, jeweils ein Fachausschuss für die Zuständigkeitsbereiche Doktor der Ingenieurwissenschaften, Doktor der Naturwissenschaften und ein gemeinsamer Fachausschuss für die Zuständigkeitsbereiche Doktor der Pädagogik und Doktor der Philosophie. Die Mitglieder der Fachausschüsse sollen jeweils aus den betreffenden Zuständigkeitsbereichen stammen.

Jedem Fachausschuss gehören eine Vorsitzende oder ein Vorsitzender und zwei Stellvertreterinnen und Stellvertreter an, die Professorinnen und Professoren sein müssen, eine weitere Professorin oder ein weiterer Professor, eine wissenschaftliche Mitarbeiterin oder ein wissenschaftlicher Mitarbeiter und eine graduierte Studierende oder ein graduerter Studierender. Des Weiteren sind die oder der Vorsitzende und die beiden Stellvertreterinnen und Stellvertreter des Promotionsausschusses stimmberechtigte ex officio Mitglieder jedes Fachausschusses.

Die oder der Vorsitzende eines Fachausschusses ist jeweils die oder der Vorsitzende oder die oder der stellvertretende Vorsitzende des Promotionsausschusses, der dem Zuständigkeitsbereich des Fachausschusses angehört. Die beiden Stellvertreterinnen und Stellvertreter werden vom Fakultätsrat gewählt.

Die Professorinnen und Professoren sowie die wissenschaftlichen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter werden für die Dauer von zwei Jahren gewählt, die Studierenden für ein Jahr. Wiederwahl ist zulässig.

Ein Fachausschuss ist beschlussfähig, wenn die oder der Vorsitzende des Fachausschusses oder einer ihrer beziehungsweise seiner Stellvertreterinnen und Stellvertreter und mindestens drei weitere Mitglieder anwesend sind.

- (4) Dem Promotionsausschuss obliegen im Rahmen seiner Verfahrensleitung insbesondere folgende Aufgaben:
- a) Die Entscheidung über die Zulassung von Doktorandinnen und Doktoranden gemäß § 4 Absatz 3,
 - b) die Feststellung der Äquivalenz ausländischer Examina gemäß § 2 Absatz 2,
 - c) die Festlegung zusätzlicher vorheriger Leistungen gemäß § 2 Absatz 3 nach Anhörung von Vertreterinnen und Vertretern des Promotionsfaches,
 - d) die Entscheidung über die Eröffnung des Promotionsverfahrens, gegebenenfalls nach Anhörung von Vertreterinnen und Vertretern des Promotionsfaches,
 - e) die Wahl der Gutachterinnen und Gutachter und der Mitglieder der Promotionskommission gemäß § 8 Absätze 3 bis 5 und die Benennung der oder des Vorsitzenden,
 - f) die Bestellung weiterer Gutachterinnen und Gutachter gemäß § 10 Absatz 7,
 - g) die Entscheidung bei Versäumnis des Termins der mündlichen Prüfung gemäß § 11 Absatz 1,
 - h) die Entscheidung, welcher Doktorgrad verliehen werden soll und
 - i) die Entscheidung über Widersprüche der Kandidatin oder des Kandidaten gegen Beschlüsse innerhalb des Promotionsverfahrens.

Die Aufgaben a) bis h) können an die Fachausschüsse delegiert werden.

§ 7

Antrag auf Verfahrenseröffnung

- (1) Die Doktorandin oder der Doktorand stellt den Antrag auf Verfahrenseröffnung an die Vorsitzende oder den Vorsitzenden des Promotionsausschusses über die Dekanin oder den Dekan.
- (2) Dem Antrag auf Verfahrenseröffnung sind folgende Unterlagen beizufügen:
 - a) eine Erklärung, dass die geltende Promotionsordnung der Doktorandin oder dem Doktoranden bekannt ist und von ihr beziehungsweise ihm anerkannt wird,
 - b) die schriftliche Mitteilung des Promotionsausschusses über die Zulassung als Doktorandin oder Doktorand im Vorverfahren gemäß § 4 Absatz 3 und gegebenenfalls über die erforderlichen Leistungen gemäß § 2 Absatz 3,
 - c) gegebenenfalls der Nachweis zusätzlicher Leistungen gemäß § 2 Absatz 3,
 - d) ein tabellarischer Lebenslauf,
 - e) fünf Exemplare der Dissertation in Maschinen- oder Druckschrift, die ein Deckblatt gemäß dem im Dekanat erhältlichen Muster aufweisen und eine Zusammenfassung in Deutsch und Englisch enthalten,
 - f) eine digitale Version der Dissertation,
 - g) ein Vorschlag für mindestens zwei Gutachterinnen oder Gutachter gemäß § 8 Absätze 3 und 4,

- h) eine von der Betreuerin oder dem Betreuer unterzeichnete Erklärung, dass sie beziehungsweise er mit dem Einreichen der Dissertation einverstanden ist und dass diese Arbeit voraussichtlich den Anforderungen gemäß § 5 Absatz 2 gerecht wird,
 - i) ein Vorschlag für die weiteren Mitglieder der Promotionskommission,
 - j) die Namen, akademischen Grade und Anschriften von anderen Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern, sofern in der Dissertation Forschungsergebnisse verwendet wurden, die in Zusammenarbeit mit diesen Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler gewonnen wurden,
 - k) eine Erklärung der Doktorandin oder des Doktoranden, ob sie beziehungsweise er bereits früher oder gleichzeitig ein Promotionsverfahren bei einer anderen Hochschule oder bei einer anderen Fakultät beantragt hat, gegebenenfalls mit vollständigen Angaben über dessen Ausgang,
 - l) ein registerlicher Nachweis, der nicht älter als drei Monate sein soll,
 - m) eine eidesstattliche Erklärung der Doktorandin oder des Doktoranden in folgender Form:

„Ich erkläre hiermit an Eides statt, dass ich die vorliegende Arbeit ohne unzulässige Hilfe Dritter und ohne Benutzung anderer, nicht angegebener Hilfsmittel angefertigt habe. Die aus anderen Quellen direkt oder indirekt übernommenen Daten und Konzepte sind unter Angabe der Quelle gekennzeichnet.

Die Arbeit wurde bisher weder im In- noch im Ausland in gleicher oder ähnlicher Form einer anderen Prüfungsbehörde vorgelegt.

Es wurden keine Dienste eines Promotionsvermittlungsinstituts oder einer ähnlichen Organisation in Anspruch genommen.“
 - n) und eine schriftliche Erklärung der Doktorandin oder des Doktoranden in folgender Form:

„Zu den vorgeschlagenen Mitgliedern der Promotionskommission bestehen keine verwandtschaftlichen Beziehungen, keine Verwandtschaft ersten Grades, Ehe, Lebenspartnerschaft oder eheähnliche Gemeinschaft.“
- (3) Zur Wahrung der Chancengleichheit wird Promovierenden, die wegen einer Behinderung oder einer anderen körperlichen oder psychischen Beeinträchtigung nicht dazu in der Lage sind, eine Prüfung nach dieser Promotionsordnung ganz oder teilweise in der vorgesehenen Form abzulegen, Nachteilsausgleich gewährt. Dieser ist schriftlich und unter Vorlage eines ärztlichen Attests bei der oder dem Vorsitzenden des Promotionsausschusses zu beantragen. Der Nachteilsausgleich kann insbesondere durch die Ablegung der Prüfung in einer anderen Form gewährt werden.

§ 8

Eröffnung des Promotionsverfahrens, Promotionskommission, Gutachterinnen und Gutachter

- (1) Über die Eröffnung des Promotionsverfahrens entscheidet der Promotionsausschuss, gegebenenfalls nach Anhörung von Vertreterinnen und Vertretern des Promotionsfaches, mit einfacher Mehrheit. Bei Stimmengleichheit gilt der Antrag als abgelehnt. Die Eröffnung kann nur abgelehnt werden, wenn die Voraussetzungen nach § 2 und § 7 nicht erfüllt sind, wenn sich die Dissertation fachlich der Fakultät nicht zuordnen lässt (§ 1 Absatz 1) oder wenn die oder der zu Promovierende wegen einer vorsätzlichen wissenschaftsbezogenen Straftat rechtskräftig verurteilt ist. Die Eröffnung des Promotionsverfahrens muss abgelehnt werden, wenn nicht wenigstens eine fachwissenschaftlich oder fachdidaktisch kompetente Gutachterin oder ein fachwissenschaftlich oder fachdidaktisch kompetenter Gutachter nach den Absätzen 3 und 4 der Fakultät angehört. Wird die Eröffnung abgelehnt, so ist dies der Doktorandin oder dem Doktoranden unverzüglich schriftlich unter Angabe von Gründen zusammen mit einer Rechtsmittelbelehrung mitzuteilen.

- (2) Ein Antrag auf Verfahrenseröffnung kann zurückgenommen werden, solange noch keine Entscheidung des Promotionsausschusses über die Eröffnung des Verfahrens vorliegt. Das Promotionsverfahren gilt in diesem Falle als nicht eingeleitet.
- (3) Der Promotionsausschuss wählt die fachwissenschaftlich oder fachdidaktisch kompetenten Gutachterinnen und Gutachter und die Mitglieder der Promotionskommission. Gutachterinnen und Gutachter und Mitglieder der Promotionskommission können nur Personen gemäß § 3 sein. § 4 Absatz 1 bleibt unberührt. Der Promotionsausschuss ist bei der Wahl der Gutachterinnen und Gutachter und Mitglieder der Promotionskommission nicht an die Vorschläge der Doktorandin oder des Doktoranden nach § 7 Absatz 2 Buchstaben g und i gebunden.
- (4) Es werden zwei oder mehr Gutachterinnen und Gutachter gewählt. Mindestens eine Betreuerin oder ein Betreuer der Arbeit ist in der Regel eine oder einer der Gutachterinnen und Gutachter. Mindestens eine Gutachterin oder ein Gutachter muss das zuständige Fachgebiet vertreten. Es können auswärtige Gutachterinnen und Gutachter aus anderen Fachgebieten gewählt werden. Die Mitwirkung auswärtiger Gutachterinnen und Gutachter wird von der Fakultät ausdrücklich begrüßt.
- (5) Die Promotionskommission besteht aus mindestens vier Mitgliedern. In der Regel gehören die Gutachterinnen und Gutachter der Promotionskommission an. Mindestens zwei Mitglieder der Promotionskommission müssen das Promotionsfach vertreten. Falls das Thema der Dissertation die Grenzen des zuständigen Fachgebiets überschreitet, müssen der Promotionskommission Vertreterinnen und Vertreter der entsprechenden Fächer angehören.
- (6) Der Promotionsausschuss benennt eine Vorsitzende oder einen Vorsitzenden aus dem Kreis der Mitglieder der Promotionskommission.

§ 9

Aufgaben der Promotionskommission

- (1) Die Promotionskommission entscheidet gemäß § 10 Absätze 7 bis 9 auf der Grundlage der Vorschläge der Gutachterinnen und Gutachter über die Annahme und die Note der Dissertation. Die Promotionskommission führt gemäß § 11 Absatz 2 die Disputation als Kollegialprüfung durch und entscheidet über die Note der Disputation.
- (2) Die oder der Vorsitzende führt die Geschäfte der Promotionskommission. Sie beziehungsweise er holt insbesondere die Gutachten von den bestellten Gutachterinnen und Gutachtern ein, setzt den Termin der mündlichen Prüfung fest und lädt zu dieser ein, veranlasst die Auslegung der Dissertation und der Gutachten, beruft die Promotionskommission ein, leitet die mündliche Prüfung und führt den Schriftwechsel der Promotionskommission.
- (3) Die oder der Vorsitzende der Promotionskommission achtet darauf, dass die Bewertung der Promotionsleistung innerhalb von fünf Monaten nach Vorlage der Dissertation abgeschlossen ist, soweit keine zwingenden Gründe dem entgegenstehen.
- (4) Die Promotionskommission ist beschlussfähig, wenn alle Mitglieder anwesend sind und entscheidet mit Zweidrittelmehrheit.

§ 10

Beurteilung der Dissertation

- (1) Die Gutachterinnen und Gutachter erstellen voneinander unabhängig schriftliche Gutachten, die eine Empfehlung über Annahme oder Ablehnung der Dissertation sowie im Falle der Annahme einen Notenvorschlag enthalten.

(2) Die Frist von der Eröffnung des Promotionsverfahrens bis zur Fertigstellung der Gutachten soll acht Wochen nicht überschreiten.

(3) Die Note der Dissertation kann lauten:

sehr gut (1,0)

gut (2,0)

genügend (3,0)

ausreichend (4,0)

Im Bereich 1,0 bis 4,0 können durch Erniedrigen oder Erhöhen der einzelnen Noten um 0,3 zur differenzierenden Bewertung Zwischenwerte gebildet werden. Die Noten 0,7 und 4,3 sind dabei ausgeschlossen. Bei hervorragender Dissertation kann das Prädikat „mit Auszeichnung“ (summa cum laude) vergeben werden.

(4) Liegen die Noten der beiden Gutachten um mehr als zwei ganze Noten auseinander, so schlägt die Promotionskommission dem Promotionsausschuss die Benennung einer weiteren Gutachterin oder eines weiteren Gutachters vor.

(5) Nach Fertigstellung der Gutachten liegt die Arbeit mit den Gutachten zwölf Werkzeuge, in der vorlesungsfreien Zeit 18 Werkzeuge im zuständigen Departmentbüro aus. Die zuständige Departmentleiterin oder der zuständige Departmentleiter gibt die Auslage der Dissertation mit der Auslegefrist nach Abstimmung mit der oder dem Vorsitzenden der Promotionskommission bekannt.

(6) Die Dissertation ist während der Auslegefrist zugänglich für alle Promotionsberechtigten der Hochschule gemäß § 3. Dissertation und Gutachten sind während der Auslegefrist zugänglich für die Mitglieder des Promotionsausschusses, die Mitglieder der Promotionskommission und für alle Promotionsberechtigten der Fakultät.

(7) Zur Dissertation oder zu den Gutachten können alle in Absatz 6 Satz 2 genannten Personen bis spätestens sieben Tage nach Abschluss der Auslegefrist schriftlich Stellung nehmen, falls während der Auslegefrist der oder dem Vorsitzenden der Promotionskommission schriftlich eine Stellungnahme angekündigt wird.

(8) Wird die Dissertation von einem oder mehreren Gutachterinnen und Gutachtern nicht zur Annahme empfohlen oder liegen eine oder mehrere schriftliche Stellungnahmen zur Dissertation vor, welche die Ablehnung der Dissertation in der vorliegenden Form empfehlen, so lädt die oder der Vorsitzende zu einer Sitzung der Promotionskommission ein, die nicht später als sieben Tage nach Abschluss der in Absatz 7 genannten Frist zur Stellungnahme stattfindet.

Die Promotionskommission beschließt auf der Grundlage der vorliegenden Gutachten und nach Beratung der eingegangenen Stellungnahmen über die Annahme oder Ablehnung der Dissertation. Die Annahme der Arbeit kann mit der Auflage von Korrekturen verbunden werden. Erhebt mindestens ein Mitglied der Promotionskommission in der Sitzung gegen diese Entscheidung Einspruch, so schlägt die Promotionskommission dem Promotionsausschuss vor einer endgültigen Entscheidung die Benennung einer weiteren Gutachterin oder eines weiteren Gutachters oder mehrerer weiterer Gutachterinnen und Gutachter vor. § 8 Absätze 3 und 4 und § 10 Absätze 1 bis 6 gelten sinngemäß.

(9) Im Falle einer Ablehnung der Dissertation ist die Doktorandin oder der Doktorand unverzüglich durch die Dekanin oder den Dekan von der Entscheidung der Promotionskommission schriftlich zu unterrichten.

Im Fall einer Annahme der Dissertation, gegebenenfalls mit Auflagen, ist nach Absatz 10 weiter zu verfahren.

- (10) Die oder der Vorsitzende der Promotionskommission setzt den Termin für die Sitzung der Promotionskommission fest, auf der über die Benotung der Dissertation entschieden wird und die mündliche Prüfung der Doktorandin oder des Doktoranden erfolgt.
- (11) Die Benotung der Dissertation erfolgt auf der Grundlage der vorliegenden Gutachten und nach Beratung eingegangener Stellungnahmen. Liegt keine schriftliche Stellungnahme zur Vergabe der Note vor, so muss die vergebene Note gleich einer der von den Gutachterinnen und Gutachtern vorgeschlagenen Noten sein oder zwischen den von den Gutachterinnen und Gutachtern vorgeschlagenen Noten liegen.
- (12) Liegt eine schriftliche Stellungnahme vor, so ist die oder der Vorsitzende des Promotionsfachausschusses zu informieren, die beziehungsweise der zu der Sitzung der Promotionskommission eine Vertreterin oder einen Vertreter entsenden kann. Das begründete Ergebnis der Sitzung der Promotionskommission, in der die Stellungnahme behandelt wurde, ist dem Promotionsfachausschuss zeitnah zur Kenntnis zu bringen.

§ 11 Mündliche Prüfung

- (1) Versäumt die Doktorandin oder der Doktorand schuldhaft den Prüfungstermin oder tritt sie beziehungsweise er nach Beginn der Prüfung ohne triftige Gründe zurück, gilt die Prüfung als nicht bestanden. Die Entscheidung darüber trifft der Promotionsausschuss. Werden für das Versäumnis oder den Rücktritt triftige Gründe geltend gemacht, so sind sie dem Promotionsausschuss über die oder den Vorsitzenden der Promotionskommission unverzüglich schriftlich anzuzeigen und glaubhaft zu machen. Bei Krankheit wird die Vorlage eines ärztlichen Attests verlangt. Werden die Gründe anerkannt, so wird ein neuer Termin anberaumt.
- (2) Die mündliche Prüfung wird von der Promotionskommission als Kollegialprüfung durchgeführt und von der oder dem Vorsitzenden geleitet. Die Prüfung beginnt mit einem 30- bis 45-minütigen Vortrag in deutscher oder englischer Sprache der Doktorandin oder des Doktoranden über Inhalt und Ergebnisse der Dissertation. Dieser Teil der mündlichen Prüfung ist hochschulöffentlich. Auf Antrag der Bewerberin oder des Bewerbers können Personen, die nicht Mitglieder der Hochschule sind, zum Vortrag zugelassen werden. Hierüber entscheidet die oder der Vorsitzende der Promotionskommission. Im Anschluss an den Vortrag findet eine Disputation statt, die in der Regel eine Stunde, höchstens 90 Minuten dauert. Teilnahmeberechtigt an der Disputation sind neben den Mitgliedern der Promotionskommission und des Promotionsausschusses alle Mitglieder der Fakultät, die Promotionsberechtigte gemäß § 3 sind. Bevorzugt frageberechtigt sind die Mitglieder der Promotionskommission. Die Befragung erfolgt über die Dissertation sowie über das betreffende Fachgebiet und angrenzende Gebiete. Sie wird als Prüfungsgespräch unter Berücksichtigung des Standes der Wissenschaft durchgeführt. Über den Verlauf der Prüfung fertigt die oder der Vorsitzende der Promotionskommission ein Protokoll an. Über die Note der mündlichen Prüfung entscheidet die Promotionskommission auf der Grundlage des Gesamteindrucks der Mitglieder der Promotionskommission von Vortrag und Disputation unmittelbar nach Abschluss der Prüfung. Beratung und Festsetzung der Note sind nicht öffentlich.
- (3) Die Note der mündlichen Prüfung kann lauten:

sehr gut	(1,0)
gut	(2,0)
genügend	(3,0)
ausreichend	(4,0)
nicht ausreichend	(5,0)

Im Bereich 1,0 bis 4,0 können durch Erniedrigen oder Erhöhen der einzelnen Noten um 0,3 zur differenzierenden Bewertung Zwischenwerte gebildet werden. Die Noten 0,7 und 4,3 sind dabei ausgeschlossen. Die mündliche Prüfung ist bestanden, wenn die Note 4,0 oder besser lautet.

- (4) Wird die mündliche Prüfung mit „nicht ausreichend“ beurteilt oder gilt sie als nicht bestanden, so kann die Doktorandin oder der Doktorand sie einmal wiederholen. Die Wiederholung kann frühestens nach einem halben Jahr und soll spätestens bis zum Ablauf eines Jahres stattfinden. Wird auch die Wiederholungsprüfung nicht bestanden oder gilt sie als nicht bestanden, ist das gesamte Promotionsverfahren gescheitert. Die Dekanin oder der Dekan erteilt hierüber einen schriftlichen Bescheid, der mit einer Rechtsbehelfsbelehrung zu versehen ist.
- (5) Andere Doktorandinnen und Doktoranden, deren Antrag auf Zulassung zur Promotion angenommen wurde, werden nach Maßgabe der räumlichen Verhältnisse als Zuhörerinnen und Zuhörer bei der Disputation zugelassen, sofern die Doktorandin oder der Doktorand zustimmt. Die Zulassung erstreckt sich nicht auf die Beratung und Bekanntgabe des Prüfungsergebnisses.

§ 12

Gesamtnote der Promotion

- (1) Nach der bestandenen mündlichen Prüfung beschließt die Promotionskommission über die Gesamtnote.
- (2) Zur Bildung der Gesamtnote geht die Note der Dissertation mit dem doppelten, die Note der mündlichen Prüfung mit dem einfachen Gewicht in die Gesamtnote ein. Bei der Bildung der Gesamtnote wird nur die erste Dezimalstelle hinter dem Komma berücksichtigt, alle weiteren Stellen werden ohne Rundung gestrichen. Die Gesamtnote lautet bei Werten von

1,0-1,5	magna cum laude,
1,6-2,5	cum laude,
2,6-4,0	rite.

Unbeschadet dessen kann die Note „mit Auszeichnung“ (summa cum laude) vergeben werden, wenn alle schriftlichen Gutachten uneingeschränkt die Dissertationsnote „sehr gut“ (1,0) vorschlagen, in mindestens einem Gutachten das Prädikat „mit Auszeichnung“ vergeben wurde, die mündliche Prüfung einheitlich von allen Mitgliedern der Promotionskommission mit „sehr gut“ (1,0) bewertet wird und die Promotionskommission einstimmig befindet, dass es sich um eine besonders hervorragende Gesamtleistung handelt. Die oder der Vorsitzende der Promotionskommission teilt der Doktorandin oder dem Doktoranden unverzüglich die Gesamtnote mit.

- (3) In der Promotionsurkunde ist nur die lateinische Formulierung der Gesamtnote aufzuführen.

§ 13

Pflichtexemplare und Druck der Dissertation

- (1) Die Doktorandin oder der Doktorand ist verpflichtet, ihre beziehungsweise seine Dissertation in angemessener Weise der wissenschaftlichen Öffentlichkeit durch Vervielfältigung und Verbreitung zugänglich zu machen. In angemessener Weise der wissenschaftlichen Öffentlichkeit zugänglich gemacht ist die Dissertation dann, wenn die Verfasserin oder der Verfasser neben den zwei für die Prüfungsakten der Fakultät erforderlichen Exemplaren für die Archivierung vier Exemplare, die auf alterungsbeständigem holz- und säurefreiem Papier ausgedruckt und dauerhaft haltbar gebunden sein müssen, unentgeltlich an die Universitätsbibliothek abliefern und darüber hinaus die Verbreitung sicherstellt durch die Ablieferung einer elektronischen Version, deren Datenformat und deren Datenträger mit der Hochschulbibliothek abzustimmen sind. In diesem Fall überträgt die oder der Promovierte der Hochschule das Recht, im Rahmen der gesetzlichen Aufgabe

der Hochschulbibliotheken weitere Kopien von der Dissertation herzustellen und zu verbreiten beziehungsweise in Datennetzen zur Verfügung zu stellen. Hierzu ist die Zustimmung der Betreuerin oder des Betreuers sowie eventuell anderer Rechteinhaber an Inhalten der Dissertation notwendig. Liegt diese Zustimmung nicht vor und in anderen berechtigten Fällen kann stattdessen die Verbreitung sichergestellt werden durch entweder:

- a) die Ablieferung weiterer 40 Exemplare in Buch- oder Fotodruck oder als Mikrofiche oder
 - b) den Nachweis einer Verbreitung über den Buchhandel durch einen gewerblichen Verleger mit einer Mindestauflage von 150 Exemplaren oder als book on demand oder
 - c) den Nachweis der Veröffentlichung in einer begutachteten Fachzeitschrift.
- (2) Die veröffentlichte Dissertation soll die Namen der Gutachterinnen und Gutachter sowie das Datum der mündlichen Prüfung enthalten.
 - (3) Die oder der Vorsitzende der Promotionskommission bescheinigt die Übereinstimmung der Pflichtexemplare mit der durch die Promotionskommission angenommenen Fassung auf der Grundlage einer von der Betreuerin oder dem Betreuer ausgestellten Bescheinigung. Weichen die Pflichtexemplare von der durch die Promotionskommission angenommenen Fassung über die in Absatz 2 festgelegte Einfügung hinaus ab, so bedarf die Abweichung der Genehmigung. Die Genehmigung erteilt die oder der Vorsitzende der Promotionskommission im Benehmen mit mindestens einer Gutachterin oder einem Gutachter nach vorheriger Prüfung beider Fassungen.
 - (4) Die in Absatz 1 aufgeführten Exemplare der Dissertation für die Prüfungsakten müssen gemeinsam mit dem komplett ausgefüllten Laufzettel Bibliothek beim Dekanat abgegeben werden.
 - (5) Die Pflichtexemplare müssen spätestens ein Jahr nach bestandener Prüfung bei der Dekanin oder dem Dekan eingereicht werden. Auf begründeten Antrag der Doktorandin oder des Doktoranden kann die Dekanin oder der Dekan die Einreichungsfrist verlängern.

§ 14

Abschluss des Promotionsverfahrens

- (1) Die Promotion ist vollzogen, wenn die Dissertation angenommen wurde, die mündliche Prüfung bestanden ist und die Dissertation der wissenschaftlichen Öffentlichkeit gemäß § 13 Absatz 1 zugänglich gemacht worden ist.
- (2) Die Dekanin oder der Dekan stellt den Abschluss des Verfahrens fest und veranlasst die Ausfertigung einer Urkunde. Die Urkunde enthält das Thema der Dissertation, den erworbenen Doktorgrad und die Gesamtnote in lateinischer Formulierung. Auf der Urkunde ist das Datum der mündlichen Prüfung anzugeben. Die Urkunde trägt die Unterschrift der Dekanin oder des Dekans der Fakultät und der Rektorin oder des Rektors sowie das Siegel der Fakultät.
- (3) Die Dekanin oder der Dekan händigt der oder dem Promovierten die Urkunde aus, sobald die Dissertation der wissenschaftlichen Öffentlichkeit gemäß § 13 Absatz 1 zugänglich gemacht worden ist und die Bescheinigung oder Genehmigung nach § 13 Absatz 3 vorliegt. Der Doktorgrad darf erst nach Aushändigung der Urkunde geführt werden. Auf Wunsch der oder des Promovierten wird nach Abschluss der mündlichen Prüfung eine vorläufige Bescheinigung ausgestellt, die den Titel und die Gesamtnote der Dissertation enthält. Diese Bescheinigung berechtigt jedoch nicht zum Führen des Doktorgrades.
- (4) Der Abschluss des Verfahrens wird der Rektorin oder dem Rektor und der Hochschulöffentlichkeit bekannt gegeben.
- (5) Alle schriftlichen Unterlagen über das Promotionsverfahren sind im jeweiligen Department aufzubewahren.

- (6) Nach Abschluss des Promotionsverfahrens ist der Doktorandin oder dem Doktoranden auf Antrag die Möglichkeit zur Einsichtnahme in ihre beziehungsweise seine Prüfungsakten zu eröffnen.

§ 15

Einstellung des Verfahrens

- (1) Verzichtet die Doktorandin oder der Doktorand durch eine schriftliche Erklärung gegenüber der zuständigen Dekanin oder dem zuständigen Dekan auf die Weiterführung des Verfahrens, so gilt die Promotion als nicht bestanden. Die zuständige Dekanin oder der zuständige Dekan unterrichtet den Fakultätsrat, den Promotionsausschuss und die Promotionskommission von der Einstellung des Verfahrens. Eine einmalige Wiederholung unter Anrechnung der bereits erbrachten Promotionsleistungen ist in diesem Falle möglich.
- (2) Werden Prüfungsleistungen innerhalb des Promotionsverfahrens endgültig nicht erbracht, so ist das Promotionsverfahren ohne Erfolg beendet. Dies ist der Doktorandin oder dem Doktoranden unter Angabe der Gründe und Beifügung einer Rechtsmittelbelehrung durch die Dekanin oder den Dekan mitzuteilen.
- (3) Wird festgestellt, dass die Doktorandin oder der Doktorand wissentlich irreführende Angaben zu § 7 Absatz 2 oder zu § 2 gemacht hat, so entscheidet der Promotionsausschuss, ob das Promotionsverfahren fortgeführt werden kann. Die Doktorandin oder der Doktorand muss die Gelegenheit erhalten, zu den Vorwürfen Stellung zu nehmen. Wird das Verfahren eingestellt, gilt die Promotion als nicht bestanden. Die oder der Vorsitzende des Promotionsausschusses unterrichtet hiervon die Promotionskommission und den Fakultätsrat. Der Beschluss des Promotionsausschusses über die Einstellung des Promotionsverfahrens ist zu begründen und der Doktorandin oder dem Doktoranden mit einer Rechtsmittelbelehrung versehen zuzustellen.

§ 16

Gemeinsame Promotion mit einer ausländischen Hochschule

- (1) Die Promotion an der Fakultät IV – Naturwissenschaftlich-Technische Fakultät der Universität Siegen kann zusammen mit einer ausländischen wissenschaftlichen Hochschule in einem gemeinsamen Promotionsverfahren durchgeführt werden. Dieses Verfahren wird von den zuständigen Organen der ausländischen Hochschule und dem Promotionsausschuss geleitet. Es sieht an beiden Hochschulen jeweils eine Betreuerin oder einen Betreuer der Dissertation vor. Die Zulassungsvoraussetzungen zur Promotion beider Hochschulen müssen erfüllt werden.
- (2) Das gemeinsame Promotionsverfahren muss in einer Vereinbarung zwischen der Fakultät IV – Naturwissenschaftlich-Technische Fakultät der Universität Siegen und der ausländischen Hochschule geregelt werden. Die Vereinbarungen sind durch den Promotionsausschuss zu genehmigen. Die Vereinbarung regelt insbesondere die Prüfungsleistungen, die Zusammensetzung der Prüfungskommission und die Art der Beurkundung. Sie soll sich an den Bestimmungen zur Promotion an der Fakultät IV – Naturwissenschaftlich-Technische Fakultät der Universität Siegen orientieren, kann aber in Details davon abweichen. Sie kann zusätzliche Anforderungen stellen, wie etwa zu erbringende Studienleistungen. Des Weiteren muss aus der Vereinbarung hervorgehen, dass nur ein einziger Doktorgrad verliehen werden kann.

§ 17

Ehrenpromotion

- (1) Die Fakultät IV – Naturwissenschaftlich-Technische Fakultät kann zur Würdigung hervorragender wissenschaftlicher Leistungen in der Forschung oder einer herausragenden Anwendung wissenschaftlicher Erkenntnisse auf dem Gebiet der Ingenieurwissenschaften, Naturwissenschaften

oder einer in der Fakultät vertretenen Fachdidaktik im Einvernehmen mit dem Senat und Rektorat der Universität Siegen den Grad einer Doktorin oder eines Doktors der Ingenieurwissenschaften ehrenhalber (Dr.-Ing. E. h.), der Naturwissenschaften ehrenhalber (Dr. rer. nat. h. c.), der Pädagogik ehrenhalber (Dr. paed. h. c.) oder der Philosophie ehrenhalber (Dr. phil. h. c.) gemäß § 1 Absatz 2 verleihen. Entsprechende Anträge müssen von mindestens drei Professorinnen und Professoren der Fakultät mit der Qualifikation gemäß § 3 gestellt werden.

- (2) Zur Begutachtung der wissenschaftlichen Leistungen der oder des zu Ehrenden wird durch den Promotionsausschuss ein Ausschuss gebildet, dem mindestens drei Personen der Fakultät mit der Qualifikation gemäß § 3 Satz 1 angehören. Auf Grund der Empfehlung des Ausschusses beschließt der Fakultätsrat mit Zweidrittelmehrheit der gewählten Mitglieder über die Weiterreichung des Antrags an den Senat und das Rektorat. In der Urkunde sind die wissenschaftlichen Verdienste der oder des zu Ehrenden zu würdigen.

§ 18

Aberkennung oder Entziehung des Doktorgrades

- (1) Der Doktorgrad wird aberkannt, wenn sich nach Abschluss des Promotionsverfahrens herausstellt, dass er durch Täuschung erworben worden ist oder, wenn wesentliche Voraussetzungen für die Verleihung irrtümlich als gegeben angesehen worden sind. Die Promotionsurkunde ist einzuziehen.
- (2) Der Doktorgrad kann entzogen werden, wenn die oder der Promovierte wegen einer vorsätzlichen wissenschaftsbezogenen Straftat rechtskräftig verurteilt worden ist. Wird der Doktorgrad entzogen, ist die Promotionsurkunde einzuziehen.
- (3) Über die Aberkennung oder Entziehung des Doktorgrades entscheidet der Fakultätsrat. Vor der Beschlussfassung ist der oder dem Betroffenen Gelegenheit zur Stellungnahme zu geben.
- (4) Die Dekanin oder der Dekan der Fakultät IV – Naturwissenschaftlich-Technische Fakultät unterrichtet die Rektorin oder den Rektor der Universität Siegen von der Aberkennung oder der Entziehung des Doktorgrades.

§ 19

Übergangsregelungen

- (1) Promovierende, deren Promotionsverfahren vor Inkrafttreten dieser Ordnung bereits eröffnet worden sind, werden nach derjenigen Promotionsordnung fortgeführt, nach der sie eröffnet worden sind. Absätze 2 und 3 sind zu beachten.
- (2) Für Promovierende, die vor Inkrafttreten dieser Ordnung zur Promotion zugelassen wurden und deren Zulassung zum Zeitpunkt des Inkrafttretens dieser Ordnung bereits seit mindestens fünf Jahren besteht, gilt § 4 Absatz 3 (befristete Zulassung) wie folgt: ihre Zulassung entfällt zum 31. Dezember 2025, sofern sie nicht rechtzeitig vor dem 31. Dezember 2025 schriftlich nach Maßgabe des Verfahrens gemäß § 4 Absatz 3 dieser Ordnung eine Verlängerung ihrer Zulassung beantragen.
- (3) Für Promovierende, die vor Inkrafttreten dieser Ordnung zur Promotion zugelassen wurden und deren Zulassung zum Zeitpunkt des Inkrafttretens dieser Ordnung seit weniger als fünf Jahren besteht, gilt § 4 Absatz 3 (befristete Zulassung) wie folgt: ihre Zulassung entfällt fünf Jahre nach Zulassung, frühestens jedoch zum 31. Dezember 2026, sofern sie nicht binnen sechs Monaten vor dem Entfallen ihrer Zulassung schriftlich nach Maßgabe des Verfahrens gemäß § 4 Absatz 3 dieser Ordnung eine Verlängerung ihrer Zulassung beantragen.

§ 20
Inkrafttreten, Außerkrafttreten

1. Diese Promotionsordnung tritt am Tag nach ihrer Veröffentlichung in Kraft. Sie wird in dem Verkündungsblatt „Amtliche Mitteilungen der Universität Siegen“ veröffentlicht.
2. Die Promotionsordnung der Naturwissenschaftlich-Technischen Fakultät der Universität Siegen vom 6. August 2020 (Amtliche Mitteilung 49/2020) tritt vorbehaltlich § 19 Absatz 1 mit Inkrafttreten dieser Promotionsordnung außer Kraft.

Ausgefertigt aufgrund der Beschlüsse des Fakultätsrats der Fakultät IV – Naturwissenschaftlich-Technische Fakultät vom 4. September 2024 und 4. Dezember 2024.

Es wird darauf hingewiesen, dass gemäß § 12 Absatz 5 des Gesetzes über die Hochschulen des Landes Nordrhein-Westfalen (Hochschulgesetz – HG NRW) eine Verletzung von Verfahrens- oder Formvorschriften des Hochschulgesetzes oder des Ordnungs- oder des sonstigen autonomen Rechts der Hochschule nach Ablauf eines Jahres seit dieser Bekanntmachung nicht mehr geltend gemacht werden kann, es sei denn

1. die Ordnung ist nicht ordnungsgemäß bekannt gemacht worden,
2. das Rektorat hat den Beschluss des die Ordnung beschließenden Gremiums vorher beanstandet,
3. der Form- oder Verfahrensmangel ist gegenüber der Hochschule vorher gerügt und dabei die verletzte Rechtsvorschrift und die Tatsache bezeichnet worden, die den Mangel ergibt, oder
4. bei der öffentlichen Bekanntmachung der Ordnung ist auf die Rechtsfolge des Rügeausschlusses nicht hingewiesen worden.

Siegen, den 12. Dezember 2024

Die Rektorin

gez.

(Univ.-Prof. Dr. Stefanie Reese)